STEUBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK

MORNING NEWS
10. Oktober 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	VERÄNDERUNG %	VORTAG
DAX	24.611,25	14,12	0,06	24.597,13
MDAX	30.921,06	72,24	0,23	30.848,82
TEC DAX	3.734,62	1,70	0,05	3.732,92
Euro Stoxx50	5.625,56	-24,17	-0,43	5.649,73
Bund Future	128,74	0,08	0,06	128,66
Gold in US-$	3.966,04	-10,82	-0,27	3.976,86
Bitcoin / US-$	121.292,98	117,46	0,10	121.175,52

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	VERÄNDERUNG %	VORTAG
DJ 30	46.358,42	-243,36	-0,52	46.601,78
NASDAQ	25.098,18	-38,44	-0,15	25.136,62
Nikkei 225	48.119,75	-460,69	-0,95	48.580,44
Hang Seng	26.447,86	-304,73	-1,14	26.752,59
Euro / US-$	1,1572	0,00	0,07	1,1564
Öl (Brent) US-$	64,94	-0,28	-0,43	65,22
Ethereum / US-$	4.346,75	7,88	0,18	4.338,88

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.633	+22
NASDAQ Future	25.318,50	+29,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	VERÄNDERUNG %	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in $	VOLUMEN NYSE
SAP AG	238,30	0,50	0,00	237,80	275,79	1.157.858,00
Nokia OJ	4,48	0,02	0,01	4,45	5,18	33.379.035,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
Gerresheimer	GXIG.DE	Ergebnis Q3, final	07:00	Eckdaten wurden bereits am 08.10. veröffentlicht
BMW	BMWG.DE	Pre-Close-Call Q3	n/a	
Porsche AG	PSHG_p.DE	Pre-Close-Call Q3	n/a	
Vokswagen	VOWG_p.DE	Konzern-Auslieferungen Q3	11:00	
Europäische Unternehmen	**Tryg** (07:30 Q3)			

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
USA	Verbrauchervertrauen Uni Michigan, vorab	Oktober	16:00	54,0 (55,1)
Veröffentlichung aufgrund des „Shutdowns“ unter Vorbehalt:				
USA	Federal Budget Balance	September	20:00	60,0 (-344,8) Mrd $

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)
Volumen NYSE	1,21 (1,22)
Volumen NASDAQ	10,68 (10,89)

US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
10-jährige Bonds	-0,109	4,14%
30-jährige Bonds	-0,062	4,72%

()=Vortag

Nach der jüngsten Rekordjagd haben einige US-Aktienanleger **Gewinne mitgenommen**. Der US-Standardwerteindex Dow Jones verlor am Donnerstag 0,5 Prozent auf 46.358 Punkte. Der technologielastige Nasdaq notierte kaum verändert bei 23.025 Zählern und der breit gefasste S&P 500 büßte 0,3 Prozent auf 6735 Stellen ein. Es mangele an frischen Impulsen, sagten Börsianer. US-Notenbankchef Jerome Powell habe bei einem Auftritt keine neuen Hinweise auf die Geldpolitik geliefert.

Sein Kollege John Williams sprach sich in einem Interview mit der "New York Times" zwar für weitere Zinssenkungen aus. Aus den am Mittwoch veröffentlichten **Protokollen der jüngsten Fed-Sitzung** geht jedoch hervor, dass sich die Führungsriege der Notenbank uneins über den weiteren geldpolitischen Kurs ist. Dies dämpfe Spekulationen auf mehrere Schritte bis zum Jahresende, sagte Karl Schamotta, Chef-Anlagestratege des Finanzdienstleisters Corpay. Eine Herabsetzung des Schlüsselsatzes um einen Viertelprozentpunkt Ende des Monats gilt bei Anlegern als sicher.

Am Rohstoffmarkt machten einige Anleger ebenfalls Kasse. **Gold** verlor 1,5 Prozent auf 3976 Dollar je Feinunze (31,1 Gramm), blieb damit aber in Reichweite seines jüngsten Rekordhochs von 4059,05 Dollar. Der Krieg in der Ukraine, die hohe Nachfrage durch Notenbanken und börsennotierte Edelmetall-Fonds sowie die unsicheren Konjunkturaussichten durch die US-Zollpolitik und den dortigen Regierungsstillstand verhinderten größere Rücksetzer, erläuterten Börsianer.

Bei den US-Aktienwerten sorgte **Delta Air Lines** für Aufsehen. Die Fluggesellschaft legte ein Quartalsergebnis über den Markterwartungen und einen optimistischen Ausblick vor. Dem Unternehmen zufolge steigt die Nachfrage in allen Regionen. Bei den ertragsstarken Geschäftsreisen zeichne sich ebenfalls eine Erholung ab. Analyst Peter McNally vom Anlageberater Third Bridge traut Delta zu, den Umsatz bis ins kommende Jahr hinein kontinuierlich zu steigern. Die Aktien des Unternehmens stiegen zeitweise um neun Prozent, um dann 4,3 Prozent im Plus zu schließen.

Gefragt waren auch Bergbaufirmen, die sich auf den Abbau sogenannter Seltener Erden spezialisiert haben. Zuvor hatte der weltweit größte Exporteur China seine Exportkontrollen für diese Mineralien und Metalle verschärft. Sie werden für die Produktion zahlreicher Elektronikartikel dringend benötigt. Daher gewannen die Papiere von Firmen wie **MP Materials**, **NioCorp** oder **Critical Metals** um bis zu 24,7 Prozent.

US Unternehmen

Levi Strauss hat dank einer starken Nachfrage nach weit geschnittenen Jeans seine **Jahresprognose** für Umsatz und Gewinn angehoben. Die Aktie des US-Konzerns gab am Donnerstag im nachbörslichen Handel jedoch um sieben Prozent nach. Für das Geschäftsjahr 2025 rechnet das Unternehmen nun mit einem organischen Nettoumsatzwachstum von rund sechs Prozent. Zuvor hatte das Ziel bei 4,5 bis 5,5 Prozent gelegen. Der bereinigte Gewinn je Aktie soll nun zwischen 1,27 und 1,32 Dollar liegen, nach einer bisherigen Spanne von 1,25 bis 1,30 Dollar. Allerdings gehen Analysten LSEG-Daten zufolge im Schnitt von 1,31 Dollar aus. Im abgelaufenen dritten Quartal übertraf Levi Strauss die Erwartungen der Analysten. Der Nettoumsatz stieg um sieben Prozent auf 1,54 Milliarden Dollar, während Experten mit 1,50 Milliarden gerechnet hatten. Der bereinigte Gewinn lag bei 34 Cent je Aktie und übertraf damit die Konsensschätzung von 31 Cent. Der Konzern profitierte von der Rückkehr der Modetrends der 2000er-Jahre und einer robusten internationalen Nachfrage. Treiber des Ergebnisses war die Strategie, verstärkt auf den Direktvertrieb an Kunden (DTC) und Preisanhebungen zu setzen. Die Aktie hat in diesem Jahr rund 42 Prozent zugelegt (Reuters).

Der US-Autobauer **Ford** wird nach eigenen Angaben auf ein **geplantes Programm** zur Nutzung auslaufender **US-Steuergutschriften für Elektroautos** verzichten. Das Unternehmen werde die Steuergutschrift über 7500 Dollar nicht in Anspruch nehmen, teilte der zweitgrößte US-Autobauer am Donnerstag (Ortszeit) mit. Die wettbewerbsfähigen Leasingraten würden einem Sprecher zufolge jedoch beibehalten (Reuters).

Marktmeldungen

Die radikal-islamische **Hamas** hat den **Krieg im Gazastreifen für beendet erklärt**. Zur Begründung verwies die Gruppe am Donnerstag auf Zusicherungen der USA, arabischer Vermittler und der Türkei für ein dauerhaftes Ende der Kämpfe. Die Vereinbarung umfasse die Öffnung des Grenzübergangs Rafah in beide Richtungen, sagte der im Exil lebende Hamas-Anführer Chalil Al-Hajja. Zudem sehe sie die Freilassung aller in Israel inhaftierten palästinensischen Frauen und Kinder vor. Eine israelische Stellungnahme liegt zunächst nicht vor. Zuvor hatten beide Seiten eine Vereinbarung unterzeichnet, die den ersten Teil eines von US-Präsident Donald Trump vorgelegten Friedensplans umsetzen soll (Reuters).

Israels Regierung hat den **Waffenstillstand** mit der radikal-islamischen **Hamas** und das **erste Abkommen zur Freilassung der Geiseln** genehmigt und damit den Weg für ein Ende des Krieges im Gazastreifen geebnet. "Die Regierung hat soeben den Rahmen für die Freilassung aller Geiseln - der lebenden und der verstorbenen - gebilligt", hieß es auf dem englischsprachigen X-Account des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Das israelische Kabinett stimmte dem Gaza-Abkommen am frühen Freitagmorgen zu, etwa 24 Stunden nachdem Vermittler eine Vereinbarung über die Freilassung israelischer Geiseln im Austausch gegen palästinensische Gefangene bekannt gegeben hatten (Reuters).

Auch nach dem Durchbruch bei den Friedensverhandlungen greift die **israelische Armee** aus der Luft im **Gazastreifen** an. Am Abend sei ein Gebäude in der Stadt Gaza angegriffen worden, in dem sich Kämpfer der islamistischen Terrororganisation **Hamas** befunden haben sollen, teilte ein Armeesprecher mit. Die Hamas-Kämpfer seien eine unmittelbare Bedrohung für israelische Soldaten gewesen, hieß es. Nach palästinensischen Angaben stürzte das Gebäude ein und begrub etwa 40 Menschen unter den Trümmern. Vier Tote seien bislang geborgen worden, hieß es (dpa/AFX).

Der rechtsextreme **israelische Minister für Nationale Sicherheit**, Itamar Ben-Gvir, **droht mit dem Sturz der Regierung** von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Sollte die radikal-islamische **Hamas** am Ende nicht zerschlagen werden, werde seine Partei Jüdische Stärke die Regierung zerschlagen, erklärt Ben-Gvir. Die Äußerung erfolgt vor einer Kabinettssitzung, in der über den US-Plan für eine Feuerpause im Gazastreifen beraten werden soll (Reuters).

Bundeskanzler Friedrich Merz sieht eine **Rolle Deutschlands** bei der **Umsetzung des Friedensplans im Gazastreifen**. "Deutschland und Ägypten werden gemeinsam diese Konferenz leiten zum Wiederaufbau Gazas", sagt der Kanzler in einem *ARD-Interview*. "Wir haben bereits Rücklagen dafür geschaffen." Das Kabinett habe darüber gesprochen. Zunächst gehe es darum, den Frieden herzustellen, dann mit dem Wiederaufbau zu beginnen.

Die verbliebenen **israelischen Geiseln** in der Gewalt der radikal-islamischen **Hamas** dürften nach Darstellung von US-Präsident Donald Trump am Montag oder Dienstag freigelassen werden. Er hoffe, an einer Zeremonie zur Unterzeichnung eines Abkommens in Ägypten teilnehmen zu können, sagt Trump zum Auftakt einer live übertragenen Kabinettssitzung. Er gehe davon aus, dass es zu einem anhaltenden Frieden führen werde (Reuters).

US-Präsident Donald Trump will nach eigenen Angaben am **Sonntag** nach **Nahost** aufbrechen. Einzelheiten werden zunächst nicht bekannt. Zuvor gab das Büro seines israelischen Amtskollegen Isaac Herzog bekannt, dass wegen eines möglichen Besuchs von Trump alle Termine am Sonntag abgesagt worden seien (Reuters).

US-Präsident Donald Trump will sich zu einer **Zweistaatenlösung** nach einem etwaigen **Abkommen zwischen Israel und der radikal-islamischen Hamas** nicht festlegen. "Ich habe keine Meinung dazu. Ich werde dem folgen, worauf sie sich einigen", sagt er bei einer Kabinettssitzung (Reuters).

Die **USA** wollen **200 Soldaten** als Teil einer **internationalen Einsatztruppe für die Stabilität in Gaza** entsenden. US-Truppen würden jedoch nicht im Gazastreifen selbst eingesetzt, erklärten zwei hochrangige US-Regierungsvertreter. Die Soldaten sollen den Kern einer Einsatzgruppe bilden, an der Vertreter der Streitkräfte **Ägyptens**, **Katars**, der **Türkei** und wahrscheinlich der **Vereinigten Arabischen Emirate** beteiligt sind. Der genaue Standort für die Truppen stehe noch nicht fest. Sie sollen nach Angaben der Vertreter ein gemeinsames Kontrollzentrum entwickeln und andere Sicherheitskräfte integrieren, die im Gazastreifen arbeiten und sich mit israelischen Streitkräften koordinieren, um Zusammenstöße zu vermeiden (Reuters).

US-Präsident Donald Trump spricht sich für einen von **reichen Nahost-Ländern** finanzierten **Wiederaufbau des Gazastreifens** aus. "Der Gazastreifen wird langsam wieder aufgebaut werden", sagt er bei einer Kabinettssitzung. "Es gibt in diesem Teil der Welt bestimmte Länder mit enormem Reichtum. Und nur ein kleiner Teil dessen, was sie einnehmen, wird für den Gazastreifen Wunder bewirken." (Reuters).

Der für den 15. Oktober geplante **russisch-arabische-Gipfel** wird verschoben. Darauf hätten sich der russische Präsident Wladimir Putin und der irakische Ministerpräsident Mohammed Schia al-Sudani in einem Telefonat verständigt, teilt das Präsidialamt in Moskau mit. Da der Plan von US-Präsident Donald Trump "zur Normalisierung im Gazastreifen" nun in seine "aktive Phase" trete, sei es für viele der eingeladenen arabischen Staats- und Regierungschefs schwierig, persönlich nach Moskau zu kommen (Reuters).

Der **Bundestag** hat grünes Licht für ein Gesetz gegeben, das den **Ländern** Mittel aus dem **Sondertopf** zur **Modernisierung der Infrastruktur** sichert. Dafür stimmten am Donnerstag die Regierungsfraktionen von Union und SPD. Die Länder bekommen damit 100 Milliarden der insgesamt 500 Milliarden Euro aus dem neuen Sondervermögen, das allein der Bund über Schulden finanziert. Die Gelder sind neben klassischer Infrastruktur auch für Kultureinrichtungen, Sportstätten und Schwimmbäder vorgesehen. Damit soll der jahrelange Reformstau der Kommunen gelindert werden. Allerdings gibt es keinen festen Schlüssel, wie viel der Gelder die Länder an die Kommunen weiterreichen. Dies hatte im Gesetzgebungsverfahren für Kritik gesorgt (Reuters).

Der **US-Notenbanker** Michael Barr hat die **Erwartungen an die kurzfristigen Auswirkungen** von **Künstlicher Intelligenz** (KI) auf die **Wirtschaft** gedämpft. Die Auswirkungen seien kurzfristig wahrscheinlich nicht so groß, wie gemeinhin angenommen werde, sagte der Fed-Gouverneur am Donnerstag. Mittel- und langfristig rechnet er jedoch mit tiefgreifenden Folgen. Aus Daten gehe zwar hervor, dass KI bereits einige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt habe. Dort werde sie jedoch zumeist eine ergänzende Rolle spielen und die Produktivität erheblich steigern, erklärte Barr weiter (Reuters).

Der frühere US-Notenbankgouverneur **Larry Lindsey** hat seine **Kandidatur für den Vorsitz der Federal Reserve** einem Medienbericht zufolge offenbar zurückgezogen. Dies meldete der US-Sender *CNBC* am Donnerstag (Ortszeit). Die Nachrichtenagentur *Reuters* konnte diese Meldung bisher allerdings noch nicht unabhängig überprüfen.

Die **französische Wirtschaft** dürfte im dritten Quartal trotz politischer Unsicherheit und handelspolitischer Spannungen stabil wachsen. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Eurozone werde voraussichtlich um 0,3 Prozent zulegen, teilte die französische Notenbank mit. Damit würde das Wachstum wie im Vorquartal ausfallen (Reuters).

Spanien hat nach Darstellung von **US-Präsident** Donald Trump "keine Entschuldigung", die **Verteidigungsausgaben** nicht wie von ihm gefordert zu erhöhen. Das Land sei der einzige "Nachzügler" in der **Nato**, sagt Trump bei einem Treffen mit dem finnischen Präsidenten Alexander Stubb im Weißen Haus. "Vielleicht sollte man sie ehrlich gesagt aus der Nato werfen." Eine spanische Stellungnahme liegt zunächst nicht vor (Reuters).

Die von **US-Präsident** Donald Trump in den Großraum **Chicago** beorderten **Nationalgardisten** sind nach Angaben mehrerer US-Medien bereits im Einsatz. Der TV-Sender CNN berichtete unter Berufung auf eigene Videoaufnahmen, dass auf dem Gelände einer Einrichtung der Migrationsbehörde ICE in der Nähe der Millionenstadt Nationalgardisten patrouilliert hätten. Bereits in der Nacht seien Soldaten aus Texas beobachtet worden, wie sie das Gelände betreten. Auch der TV-Sender CBS News berichtete unter Berufung auf Gemeindeangaben über die Ankunft (dpa/AFX).

Das **US-Justizministerium** hat eine **Anklage** gegen die New Yorker Generalstaatsanwältin **Letitia James** bekanntgegeben, eine prominente Gegnerin von Präsident Donald Trump. Ihr werden Bankbetrug und falsche Angaben gegenüber einem Kreditinstitut vorgeworfen, teilte das Ministerium unter Berufung auf eine Anklagejury (Grand Jury) mit. James hatte ein zivilrechtliches Betrugsverfahren gegen Trump und sein Immobilienunternehmen angestrengt, das zu einer Geldstrafe von über 454 Millionen Dollar führte. In einer ersten Reaktion erklärte James, die Anklage sei "nichts weiter als eine Fortsetzung der verzweifelten Instrumentalisierung unseres Justizsystems durch den Präsidenten" (Reuters).

Die **USA** stützen die **argentinische Wirtschaft** mit **Käufen der Landeswährung Peso**. Zudem sei ein **Rahmenabkommen über einen Währungstausch** im Volumen von 20 Milliarden Dollar mit der argentinischen Zentralbank geschlossen worden, teilte US-Finanzminister Scott Bessent mit. Dies sei das Ergebnis eines viertägigen

Treffens der Finanzminister beider Länder in dieser Woche in Washington, an dem auch Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IWF) teilnahmen. "Argentinien ist in einer akuten Liquiditätskrise",schrieb Bessent auf der Plattform X. "Das US-Finanzministerium ist bereit, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Stabilität der Märkte zu gewährleisten." (Reuters).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj hat eine **schnelle Friedenslösung im Abwehrkrieg gegen Russland** mit dem Erhalt **weitreichender Waffen** für sein Land verbunden. Je größere Erfolge die Ukraine mit ihren reichweitenstarken Waffen erziele, desto schneller könne sie den Frieden erreichen, sagte Selenskyj in seiner abendlichen Videoansprache. Kiew müsse daher alles tun, die Produktion von weitreichenden Raketen und Drohnen zu steigern (dpa/AFX).

Bei einem großangelegten **russischen Angriff** auf das Zentrum von **Kiew** sind am frühen Freitagmorgen örtlichen Behörden zufolge neun Menschen verletzt worden. Fünf von ihnen mussten nach Angaben von Bürgermeister Vitali Klitschko in Krankenhäuser gebracht werden. Drohnen und Raketen trafen Wohnhäuser und Energieanlagen. Tymur Tkachenko, Chef der Kiewer Militärverwaltung, sagte, bei dem Angriff auf die Hauptstadt kurz nach Mitternacht seien sowohl Drohnen als auch Raketen eingesetzt worden. Der Angriff führte zu Stromausfällen und Unterbrechungen der Wasserversorgung in Stadtteilen am Ostufer des Dnipro, wie Klitschko mitteilte (Reuters).

Japans Großhandelsinflation ist im September unverändert geblieben. Wie am Freitag aus offiziellen Daten der Regierung hervorging, stiegen die **Großhandelspreise** um 2,7 Prozent, genau wie im Vormonat. Der Anstieg des Preisindexes für Unternehmensgüter (CGPI), der die Preise misst, die sich Unternehmen gegenseitig für ihre Waren und Dienstleistungen in Rechnung stellen, übertraf die Marktprognosen von 2,5 Prozent. Die anhaltend hohen Preise dürften den Druck auf die Zentralbank Bank of Japan (BOJ) erhöhen, die noch niedrigen Zinsen weiter anzuheben. Der auf Yen basierende **Importpreisindex** fiel im September im Jahresvergleich um 0,8 Prozent und damit deutlich langsamer als der Rückgang von 3,9 Prozent im August, wie die Daten zeigten. Die Preise für Lebensmittel und Getränke stiegen im September um 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat, nachdem sie im August um 4,9 Prozent gestiegen waren (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Der **Ministerpräsident von Niedersachsen**, Olaf Lies, zeigt sich nach dem **Autogipfel** im Kanzleramt zufrieden. "Das war ein guter Autogipfel!", erklärt der Regierungschef des Landes, das am dort beheimateten Autokonzern Volkswagen beteiligt ist. Es sei wichtig, gleichzeitig die Elektromobilität zu fördern und dafür zu sorgen, dass Hybridantriebe länger eine Rolle spielen sollten. "In dieser Klarheit und Einigkeit werden wir als Automobil- und Zulieferstandort Deutschland bei der Europäischen Kommission unsere Position kraftvoll vertreten können", ergänzt der Sozialdemokrat (Reuters).

Industrie

Die **Bundeswehr** plant einem Medienbericht zufolge eine massive **Stärkung der Drohnenabwehr**. Wie das *"Handelsblatt"* aus Kreisen des Bundesverteidigungsministeriums sowie von mit den Vorgängen vertrauten Personen aus dem industriellen Umfeld erfuhr, will die Bundesregierung noch in diesem Jahr mehr als 600 **Flugabwehrpanzer** des Typs Skyranger 30 vom Düsseldorfer Rüstungskonzern **Rheinmetall** bestellen. Der Auftragswert der in diesem Fall gemeinsam mit dem französisch-deutschen Rüstungskonzern **KNDS** gefertigten Radpanzer wird auf mehr als neun Milliarden Euro beziffert, wie das "Handelsblatt" am Freitag berichtete. Geliefert werden sollen die Panzer bis 2030 (Reuters).

STEUBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK

FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2025 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt